

## **Solarstadt Dresden – Innovations- und Investitionsförderung für Wirtschaft und Klimaschutz**

### **Gremienfolge**

Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau	beratend
Ausschuss für Wirtschaftsförderung	beratend (ff.)
Stadtrat	beschließend

### **Beschlussvorschlag**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. anzuweisen, dass bei stadteigenen Neubauten und Sanierungsvorhaben generell die Errichtung von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen zu prüfen ist. Ein Verzicht darauf erfolgt nur bei bestehenden Ausschlussgründen, wozu auch die Nutzung von Fassaden und Dächern für Begrünung zählen kann.
2. die solar optimierte Bauleitplanung bei der Ausweisung neuer Baugebiete anzuwenden, um die aktive und passive Solarenergienutzung möglichst effizient zu gestalten.
3. ein Solardachkataster für die gesamte Landeshauptstadt Dresden aufzubauen und der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich zu machen.
4. die Errichtung von Bürgerbeteiligungsanlagen (Bürgersolaranlagen) auf Dächern öffentlicher Gebäude durch kostenfreie Überlassung zu fördern.
5. mit geeigneten Partnern eine Solar-Beratungsinitiative zu entwickeln.

### **Begründung:**

Entsprechend des 3. Klimaschutzberichtes Dresden vom Oktober 2008 steht die solare Stromerzeugung in Dresden erst am Anfang. Im Jahr 2006 wurden lediglich 1.400 kWp produziert. Damit lag die Pro-Kopf-Bereitstellung von Solarstrom im Dresdner DREWAG-Gebiet mit 1,8 kWh pro Einwohner bzw. 7,6 kWh/EW in den Ortschaften (ENSO-Gebiet) deutlich unter dem Durchschnitt in Deutschland mit ca. 24 kWh pro Einwohner.

Der Beitrag, den die aktuelle Solarenergienutzung in Dresden entsprechend zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen leistet, ist viel zu gering und bleibt weit hinter dem technischen Potential und den beschlossenen Zielen des CO<sub>2</sub>-Rahmenprogramms von 1998 zurück. Um die CO<sub>2</sub>-Emissionsbilanz der Landeshauptstadt spürbar zu entlasten, sind weitaus stärkere Anstrengungen notwendig, die mit den Beschlusspunkten des vorliegenden Antrages „Solarstadt Dresden“ konkretisiert bzw. unterstrichen werden.

Ferner ist die Solarbranche in der Landeshauptstadt ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. 2009 gab es rund 1.400 Arbeitsplätze in der Dresdner Solarbranche, die im selben Jahr einen Umsatz von rund 710 Mio. € erwirtschaftete. Durch die Pläne der Bundesregierung, die Förderung für Solarstromspeicherung im Jahr 2010 noch ein zweites Mal drastisch zu senken, geht für Investoren die Planungssicherheit verloren, Arbeitsplätze sind bedroht.

Die Landeshauptstadt muss ein Programm „Solarstadt Dresden“ starten, um durch stärkere Nutzung die lokale und regionale Solarbranche zu unterstützen.

Bei laufenden und künftigen Bauvorhaben der Stadt ist daher eine Nutzung der Dächer für Solaranlagen rechtzeitig planerisch zu berücksichtigen und Interessenten in geeigneter Weise anzubieten, sofern die Stadt nicht selber Nutzer sein will.

Mit der Anwendung solarer Bauleitplanung lassen sich die Möglichkeiten der aktiven und passiven Solarenergienutzung erheblich verbessern. Optionen der Regelung können dabei sein: die Festsetzung von Höhe und Stellung von Gebäuden, die Festsetzung für den Einsatz erneuerbarer Energien, Festsetzungen zur Wärmedämmung, Festsetzungen für Zielwerte der CO<sub>2</sub> Minderung usw.

Mit einem interaktiven Solardachkataster können Hauseigentümer erste Hinweise bekommen, ob das eigene Gebäudedach für solare Energieerzeugung geeignet ist. Vorreiter bei der Erstellung von Solarkatastern sind die Stadt Gelsenkirchen und Osnabrück. Auch in der Landeshauptstadt Dresden wurde bereits mit der Erstellung eines Solarkatasters begonnen. Für den Dresdner Westen wurden die Daten per Überfliegung erfasst. Die Auswertung lässt jedoch aufgrund ungeklärter Finanzausstattung auf sich warten. Der Kostenaufwand für die Auswertung für den Dresdner Westen beträgt rund 35.000 €. Die Erarbeitung eines Solarkatasters für den Dresdner Osten ist bisher noch nicht geklärt.

Dresden ist eine der ersten Kommunen, die für ihre Bürger die Möglichkeit der kostenfreien Nutzung von Dachflächen öffentlicher Gebäude geschaffen hat. Durch diese Entscheidung wurden mittlerweile über 20 Bürgersolaranlagen im Stadtgebiet errichtet, welche damit einen Beitrag für Investitionen und Wertschöpfung in der Solarwirtschaft geleistet haben. Diese Investitionsmöglichkeit ist jedoch noch zu wenig bekannt und wird noch unzureichend beworben. Des Weiteren erfolgt die Information über freie Dächer meist zufällig. Hier sollte die Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern offensiver diese Möglichkeit der Investition näher bringen und über Renditemöglichkeiten und die Förderung erneuerbarer Energien informieren. Dabei bietet sich eine Zusammenarbeit mit der SAENA und der Lokalen Agenda 21 an.

Jens Hoffsommer  
Fraktionssprecher